



Plenarprotokoll

33. Sitzung

Donnerstag, 15. November 2018

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	3810	2 Fragestunde	3828
Neuer Staatssekretär Frédéric Verrycken .	3810	Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Berlin	3829
Dank an den entpflichteten Staatssekretär Klaus Feiler	3810	Dr. Ina Maria Czyborra (SPD)	3829
1 Aktuelle Stunde	3811	Regierender Bürgermeister	
gemäß § 52 der Geschäftsordnung		Michael Müller	3829
des Abgeordnetenhauses von Berlin		Dr. Ina Maria Czyborra (SPD)	3829
Erneuter Rückgang beim Wohnungsbau, Berlins Mieten bald unbezahlbar? Rot-Rot-Grün und der Regierende Bürgermeister brechen alle Versprechen! .	3811	Regierender Bürgermeister	
(auf Antrag der Fraktion der CDU)		Michael Müller	3829
Christian Gräff (CDU)	3811	Katalin Gennburg (LINKE)	3830
Iris Spranger (SPD)	3813	Regierender Bürgermeister	
Harald Laatsch (AfD)	3815	Michael Müller	3830
Torsten Schneider (SPD)	3816	Kurt Wansner (CDU)	3830
Harald Laatsch (AfD)	3816	Bürgermeisterin Ramona Pop	3830
Steffen Zillich (LINKE)	3817	Kurt Wansner (CDU)	3831
Harald Laatsch (AfD)	3817	Bürgermeisterin Ramona Pop	3831
Dr. Michail Nelken (LINKE)	3818	Danny Freymark (CDU)	3832
Sibylle Meister (FDP)	3820	Bürgermeisterin Ramona Pop	3832
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	3821	Kein Google-Campus in Kreuzberg	3830
Christian Gräff (CDU)	3824	Kurt Wansner (CDU)	3830
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	3824	Bürgermeisterin Ramona Pop	3830
Christian Gräff (CDU)	3825	Kurt Wansner (CDU)	3831
Senatorin Katrin Lompscher	3825	Bürgermeisterin Ramona Pop	3831
		Danny Freymark (CDU)	3832
		Bürgermeisterin Ramona Pop	3832
		Personelle Ausstattung der Verwaltung für die Wohnungslosenhilfe	3832
		Stefanie Fuchs (LINKE)	3832
		Senatorin Elke Breitenbach	3832
		Stefan Ziller (GRÜNE)	3833
		Senatorin Elke Breitenbach	3833
		Schutz der Kleingärten	3833
		Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	3833
		Senatorin Regine Günther	3833
		Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	3834
		Senatorin Regine Günther	3834
		Daniel Buchholz (SPD)	3834
		Senatorin Regine Günther	3834

**Unterschriftensammlung gegen das
AfD- Internetportal „Neutrale Schule“** 3834

Tommy Tabor (AfD)	3834
Senatorin Sandra Scheeres	3834
Tommy Tabor (AfD)	3835
Senatorin Sandra Scheeres	3835
Regina Kittler (LINKE)	3835
Senatorin Sandra Scheeres	3835

**Termine für die Anmeldung zur
Eheschließung** 3835

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)	3835
Senator Andreas Geisel	3835
Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)	3836
Senator Andreas Geisel	3836
Stephan Lenz (CDU)	3837
Senator Andreas Geisel	3837

**Projekt zur Deradikalisierung an der
Sehitlik-Moschee** 3837

Frank-Christian Hansel (AfD)	3837
Senator Andreas Geisel	3837
Frank-Christian Hansel (AfD)	3837
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3838

**Nicht vollstreckbare Haftbefehle in
Berlin** 3838

Marc Vallendar (AfD)	3838
Staatssekretärin Margit Gottstein	3838
Marc Vallendar (AfD)	3838
Staatssekretärin Margit Gottstein	3838
Frank-Christian Hansel (AfD)	3838
Staatssekretärin Margit Gottstein	3838

Werkstatt der Kulturen 3839

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	3839
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3839
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	3839
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3839

Tweets von Staatssekretärin Chebli 3839

Carsten Ubbelohde (AfD)	3839
Regierender Bürgermeister Michael Müller	3839
Carsten Ubbelohde (AfD)	3840
Regierender Bürgermeister Michael Müller	3840
Ronald Gläser (AfD)	3840
Regierender Bürgermeister Michael Müller	3840

Einsatz von Dokumentenprüfgeräten 3840

Stephan Lenz (CDU)	3840
Senator Andreas Geisel	3841
Stephan Lenz (CDU)	3841
Senator Andreas Geisel	3841

Kurt Wansner (CDU)	3842
Senator Andreas Geisel	3842

3 Prioritäten 3842

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

3.1 Priorität der Fraktion der FDP 3842

**55 Damit das Bauen vorankommt –
Unterstützung der
Wohnungsbaugenossenschaften bei der
Grundstücksvergabe** 3842

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/1439](#)

Stefan Förster (FDP)	3842
Bettina Domer (SPD)	3844
Christian Gräff (CDU)	3844
Dr. Michail Nelken (LINKE)	3845
Stefan Förster (FDP)	3846
Dr. Michail Nelken (LINKE)	3847
Harald Laatsch (AfD)	3847
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	3848

Ergebnis 3850

3.2 Priorität der Fraktion der SPD 3850

**9 Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung eines Nachtrags zum
Haushaltsplan von Berlin für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019
(Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 –
NHG 18/19)** 3850

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/1440 Neu](#)

Erste Lesung

Torsten Schneider (SPD)	3850
Christian Goiny (CDU)	3851
Steffen Zillich (LINKE)	3852
Dr. Kristin Brinker (AfD)	3853
Anja Schillhaneck (GRÜNE)	3855
Sibylle Meister (FDP)	3856
Senator Dr. Matthias Kollatz	3857

Ergebnis 3859

3.3 Priorität der Fraktion der CDU 3859

**39 a) Die Berliner Feuerwehr zukunftsfähig
machen (I)** 3859

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/1370](#)

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen sowie an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3.2:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 9

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 – NHG 18/19)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/1440 Neu](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD und hier der Kollege Schneider. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Senat hat dem Abgeordnetenhaus einen folgerichtigen Nachtragshaushaltsplanentwurf vorgelegt – folgerichtig, weil er Beleg der erfolgreichen Politik dieser Koalition ist und gleichzeitig wegen der Steuermehreinnahmen, das ist der Beleg der erfolgreichen Politik, uns veranlasst, noch mal substanziell für die Planjahre 18 und 19 hinzuschauen.

Wir unterstützen den Senat in seinen wesentlichen Absichten in folgenden Punkten – erstens: Die politische Aussage, dass wir unsere Schulbauoffensive auch mithilfe der HOWOGE betätigen werden, dazu bekennen wir uns nach wie vor, auch wenn das ein ehemaliger Koalitionspartner heute anders sieht.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Allerdings hat er den Nachweis in den Bezirken, wo er die Schulsanierung verantwortet, nicht erbracht, dass es anders funktioniert.

[Zuruf von Stefan Evers (CDU)]

Zweitens: Wir unterstützen den Senat in seinen Überlegungen hinsichtlich der Absicherung einer etwaigen Verbreiterung der Wettbewerbsfähigkeit einerseits, aber auch hinsichtlich der Absicherung eines etwaigen Selbsttuns in der Frage der S-Bahnausschreibung, in der Frage der Anschaffung von Zügen, und dafür also hohe Millionenbeträge bereitzustellen, siehe Hamburg zum Beispiel, das findet unsere Zustimmung. Insoweit sind das zwei zentrale Punkte, die wir hier unterstützen.

Worüber wir im Zuge dieser Nachtragshaushaltsdebatte zu reden haben werden, das sind die Verpflichtungsermächtigungen, die uns da vorgeschlagen werden, 783 Millionen. Da werden wir genau hinschauen müssen, welche Veranschlagungsreife wir vorfinden. Wir werden hinschauen müssen, wie die Relation mit Blick auf den künftigen Doppelhaushalt aussieht, denn wenn man den Nachtragshaushalt solitär betrachtet, dann hätten wir einen Haushalt mit höheren Verpflichtungsermächtigungen als Veranschlagungsbeträgen. Das wäre eine Einmaligkeit, und so kann man das auch nicht strategisch steuern. Deshalb begreifen wir die Verpflichtungsermächtigungen als Vorgriff auf den nächsten Doppelhaushalt und werden das in dieser Gesamtheit wohlwollend betrachten.

Da gibt es verschiedene technische Möglichkeiten. Wo eben noch keine Planungsschärfe da ist, werden diese Ansätze sicherlich gesperrt werden müssen und entsprechende Konzepte zugrunde gelegt. Das ist im Übrigen auch ein Verfahren, das sich die SPD-Fraktion für die Punkte vorstellen kann, die heute schon eine Rolle gespielt haben, nämlich die der Regierende Bürgermeister heute hier verteidigt hat. Deswegen füge ich gleich hinzu: Wir unterstützen auch die Absicht des Bundes, das Naturkundemuseum aufzuwerten, und werden da unseren Beitrag leisten. Wir begreifen das auch nicht als aufgedrängte Bereicherung, wenngleich es natürlich eine Herausforderung darstellt. Wir werden das vermutlich – so werden wir das vorschlagen – so veranschlagen, wie das der Bund auch veranschlagt hat. Und der Regierende Bürgermeister – habe ich genau zugehört – hat ja auch gesagt, wir machen nicht Staatsoper zwei, denn auch dieses Parlament kann ja dazulernen. Bisher sehe ich das nicht in der Fläche. Aber es wird jedenfalls keinen einseitigen Kostendeckel des Bundes geben können. Aber auch da werden wir möglicherweise mit einer verbindlichen Erläuterung arbeiten. Das kann ich noch nicht abschließend einschätzen.

Wir haben noch eine Thematik, die wir in dem Haushalt kritisch betrachten, auch in dem Nachtragshaushalt: Es bleibt dabei, die Strategie dieser Koalition ist konsolidieren und investieren.

[Paul Fresdorf (FDP): Es gibt eine?]

Das Jahrzehnt der Investitionen ist eine vernünftige Herangehensweise und eine vernünftige Politik.

[Heiko Melzer (CDU): 2020 geht's los!]

Wir müssen allerdings gucken, ob wir – – Wenn man nach Steglitz-Zehlendorfer Philosophie am Beispiel des Shadow-Gymnasiums regieren würde, Herr Melzer, dann wäre das so, wenn nämlich ein Bezirk der Auffassung ist, wenn das Land Schulen ab 2021 saniert, dann muss er keinen baulichen Unterhalt mehr gestalten, also will ich nicht vertiefen, aber das ist halt Ihre Politik, nicht unsere, Herr Kollege Melzer!

(Torsten Schneider)

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Lachen von Heiko Melzer (CDU)]

Wir werden aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich dieser Schwerpunkt auch durchträgt. Und das ist z. B. die Frage des Personals. Wir haben Beobachtungen, Analysen – die muss man in reale Politik umsetzen. Wenn wir Rückmeldungen haben, die wir für plausibel halten, dass die bereitgestellten investiven Mittel – und das ist beim Abfluss zu messen – nicht verausgabt werden können, dann werden wir die Weichen dafür stellen. Das muss kein zwingendes Thema für diesen Nachtragshaushalt sein, aber es ist ein Thema, das wir substantiell betrachten, denn wir wollen und wir werden an diesem Punkt liefern – diese Schwerpunktsetzung ändert sich nicht. Die SPD-Fraktion steht im Übrigen auch zur Schuldentilgung, damit das hier ausgesprochen ist. Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen! – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Goiny das Wort.

Christian Goiny (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn der Beratung über den Nachtragshaushalt auch noch mal von Seiten der CDU-Fraktion unseren Dank und unsere Anerkennung an den ehemaligen Finanzstaatssekretär Klaus Feiler aussprechen.

[Allgemeiner Beifall]

Auch wir sind der Auffassung, dass er ein ausgesprochen kompetenter und engagierter Staatssekretär gewesen ist, der mit Leidenschaft und Begeisterung für dieses Amt gewirkt hat und mit dem wir, auch wenn wir nicht immer seiner Meinung waren, stets eine gute Zusammenarbeit hatten. Wir freuen uns auch auf die Zusammenarbeit mit unserem ehemaligen Hauptausschussvorsitzenden Frédéric Verrycken in seiner neuen Funktion. Der Nachtragshaushalt gibt vielleicht einen guten Auftakt, sich inhaltlich mit ihm auseinanderzusetzen.

Zunächst einmal ist es richtig, dass der Senat angesichts der Tatsache, dass wir im Jahr 2018/2019 auch wieder erkennbar hohe Haushaltsüberschüsse erwarten, einen Nachtragshaushalt vorlegt. Ich finde es gut, dass sich der Kollege Schneider gerade auch noch mal zur Schuldentilgung bekannt hat. Die Frage stellt sich, ob das die gesamte Koalition nach wie vor so sieht. Das steht jetzt erst einmal so drin. Aber wenn es denn so ist, war es auf Regierungsseite eine ziemlich schwere Geburt. Wir begrüßen das Festhalten an diesem Weg ausdrücklich; es war

auch ein Markenkern der Regierungsarbeit der letzten Wahlperiode unter unserer Beteiligung.

Bei den Schwerpunkten, die Sie hier gesetzt haben, muss man allerdings ein paar Fragezeichen anbringen, und zwar Fragezeichen in dem Sinne, dass einem ein bisschen unklar ist, ob das, was Sie hier vorlegen, Ausfluss von strategischer Planung und Konzepten ist oder ein Reparaturnachtragshaushalt. Letzteren Eindruck muss man bekommen, wenn man sich mit den Themen beschäftigt, die Sie hier adressieren. Sie schreiben, sie bräuchten mehr Geld für das ITDZ, weil die Digitalisierungsstrategie einer finanziellen Unterlegung bedürfe. Da stellt man sich schon die Frage, ob, wenn Sie dies erst in einem Nachtrag finanzieren, der Begriff Strategie beim Thema Digitalisierung im Nachtrag überhaupt ernst gemeint ist.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Wir würden eigentlich erwarten, dass eine entsprechende Digitalisierungsstrategie schon im Haushalt 2018/2019 hinreichend finanziell unterlegt war.

[Steffen Zillich (LINKE): Oder 16/17! –
Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Vivantes – Krankenhausfinanzierung, auf einmal ein großes Thema: Als unserer damaliger Gesundheitssenator Mario Czaja versucht hat, mehr Investitionen für die Krankenhauslandschaft in dieser Stadt auf den Weg zu bringen, haben Sie ihn damals ausgebremst.

Das Thema HOWOGE – Schulbausanierung: Sehr schöner Vorschlag! Es ist aber auch das Eingeständnis, dass ihr Schulbausanierungsprogramm nicht hinreichend finanziert ist, sonst müssten Sie hier nicht nachbessern. Und der lustige Hinweis auf einzelne Bezirke, die möglicherweise nicht in dem Maß unterwegs sind, wie Sie sich das vorstellen: Das liegt auch daran, dass Sie die Finanzmittel nicht in dem nötigen Umfang zur Verfügung stellen.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

Beim Thema S-Bahn – Finanzierung zur Gesellschaftsgründung – kann man nur sagen: Auch das soll ein strategischer Aufschlag sein, der aber bisher offensichtlich von Ihnen nicht auskömmlich finanziert ist. Auch hier kommen Sie jetzt um die Ecke und sagen: Oh! Da müssen wir doch noch etwas nachschieben!

Und die Ideenlosigkeit beim Thema Personal und öffentlicher Dienst wird auch dann noch einmal deutlich, wenn man sich ansieht, dass Sie jetzt auch etwas in die Versorgungsrücklage geben wollen, aber gar nicht wissen, wie viel. Nun kann man die Versorgungsrücklage weiter aufbauen – dagegen wollen wir gar nicht sein –, aber dass Sie es erstens nicht beziffern können oder wollen und zweitens bei der Beamtenbesoldung nach wie vor nichts machen, was erkennbar eines der Hauptprobleme für den öffentlichen Dienst in dieser Stadt ist,